

**XX. Beirat beim Ortsamt Burglesum**  
**Niederschrift über die 17. Beiratssitzung am 23.03.2021**  
**Videokonferenz**  
**Beginn 19:00 Uhr – Ende 22:05 Uhr**

Anwesend waren die Beiratsmitglieder

M. Wolter, U. Appel, W. Müller, –

M. Hornhues, H. Lürßen, M. Freihorst, D. Janke, J. Klepatz –

E. Friesen, B. Punkenburg, U. Schnaubelt –

P. Heereman --

R. Tegtmeyer –

H. Rühl –

Vorsitzender Herr Boehlke vom Ortsamt Burglesum

Protokoll Frau Tietjen vom Ortsamt Burglesum

Gäste:

Herr Dr. Christian Vater, Abteilungsleiter Deponie und Recycling-Stationen Bremer Stadtreinigung

Herr Udo Stoessel, Vertretung der Senatorin für Kinder und Bildung

Herr Jan Frers, Immobilien Bremen

\*

**Herr Boehlke** eröffnet die 17. Sitzung des 20. Beirates Burglesum und begrüßt alle Teilnehmer\*innen. Das Gremium des Beirates Burglesum tagt als Videokonferenz.

**Herr Boehlke** weist auf die Aufzeichnung der Sitzung zur Erstellung des Protokolls hin.

**Genehmigung der Tagesordnung:**

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit der Einladung des Orsamt am 12.02.2021 verschickt. Somit wurde fristgerecht eingeladen.

Eine aktualisierte Tagesordnung wurde letzte Woche noch einmal verschickt:

Die Ergänzung lautet: TOP 6 „Schulstandortplanung für den SEK II Bereich (Bördestraße und Alwin-Lonke-Straße) i.V. m. der neuen Oberschule Grambke“.

*Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.*

**TOP 1:           Genehmigung der Protokolle vom 26.01.2021 und 23.02.2021**

Die Protokolle wurden verschickt. Weitere Änderungen / Ergänzungen liegen nicht vor.

Zum Protokoll vom 23.02.2021 gab es Ergänzungsbitten von Herrn Heereman und Herrn Klepatz.

Die Abstimmungen erfolgen einzeln.

**Beschluss:** (einstimmig)

*Das Protokoll vom 26.01.2021 wird genehmigt.*

**Beschluss:** (einstimmig)

*Das Protokoll vom 23.02.2021 wird in einer der nächsten Beiratssitzungen genehmigt.*

## **TOP 2: Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger**

**Bürgerin A** regt an, ein Verbotsschild „Sperrmüll ablegen unter Strafe verboten“ auf dem Parkplatz hinter dem FC Burg am Sportparksee Grambke aufzustellen. Es wird häufig Sperrmüll auf dem Parkplatz illegal entsorgt. Die Bürgerin verspricht sich durch die Beschilderung eine abschreckende Wirkung.

## **TOP 3: Beiratsmittel 2021 / Vergabe der 1. Rate**

**Herr Boehlke** teilt mit, dass 30 Anträge in Höhe von insgesamt rund 82.000,00 Euro (s. Tabelle Anlage 1) vorliegen.

Die Fraktionen haben sich auf eine Einzelabstimmung bei Nr. 8 und 26 verständigt.

**Herr Boehlke** schlägt zur Abstimmung vor, die Abstimmung en bloc über die Anträge, bei denen Konsens besteht, durchzuführen und eine separate Abstimmung bei den Einzelanträgen Nr. 8 und 26.

**Herr Hornhues** stellt die Anträge einzeln vor.

**Beschluss:** (einstimmig)

*Ziffer 1 bis 30 ohne die Ziffern 8 und 26 sind wie vorgeschlagen beschlossen.*

Zu Ziffer 8: Vorgeschlagen wurden 1.000,00 Euro. **Herr Heereman** sieht den Mehrwert für den Stadtteil nicht, es ist eine zu kleine Zielgruppe und kann von Seiten der FDP daher nicht zugestimmt werden.

**Beschluss:** (13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)

*Ziffer 8 ist wie vorgeschlagen beschlossen.*

Zu Ziffer 26: Vorgeschlagen werden 1.000,00 Euro.

**Beschluss:** (12 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen)

*Ziffer 26 ist wie vorgeschlagen beschlossen.*

#### **TOP 4:        Entwicklungsplan Recycling-Station 2024**

**Herr Boehlke** begrüßt Herrn Dr. Christian Vater, Abteilungsleiter Deponie und Recycling-Stationen bei der Bremer Stadtreinigung.

**Herr Dr. Vater** stellt den Entwicklungsplan mittels Präsentation vor (s. Anlage 2).

**Herr Heereman** findet, dass der Beirat sehr spät „ins Boot“ geholt wurde. Er fragt, was praktisch mit den Grünabfällen passiert. Er kritisiert die Verschiebung der Uhrzeit von 11:00 bis 19:00 Uhr anstatt 09:00 Uhr und samstags sollte die Zeit gestreckt werden. Er fragt, welche Entscheidungen denn konkret getroffen worden sind und ob Beiratshinweise noch berücksichtigt werden.

**Herr Dr. Vater** antwortet, dass die Beiratshinweise nicht ignoriert werden. Die Beiratsnachfragen werden dezidiert beantwortet und begründet. Die Beiräte erhalten alle ausführliche Antworten. Die Öffnungszeiten bedeuten Personaleinsatz und Kosten. Machen kann man alles, aber er muss darauf hinweisen, dass die Kosten auf die Gebühren umgerechnet werden. Bei den Mitarbeiter\*innen und beim Personalrat sind Arbeitszeiten bis 19:00 Uhr nicht sehr beliebt und unterliegen der Mitbestimmung. Grünabfälle werden in Bremen in der Nähe der Deponie von der Firma Nehlsen kompostiert. Der Kompost kann dann gekauft werden; auch in den Recyclingstationen.

**Frau Wolter** begrüßt, dass der Burglesumer Service ausgebaut wird. Sie möchte wissen, wie berechnet wurde, dass der zusätzliche Verkehr aufgenommen werden kann, und sich keine Schlangen bilden.

**Herr Hornhues** begrüßt die Erweiterung durchaus. Möchte aber kritisch anmerken, dass Einschränkungen an benachbarten Recyclingstationen zu einem erhöhten Aufkommen am Standort Burglesum führen werden. Er regt daher an, am Wendehammer im Steindamm die Einfahrt der Station zu verlegen, damit die Autofahrer keine Abkürzung mehr nehmen können.

**Herr Heereman** möchte sagen, dass der Personalrat, wenn alle Mitarbeiter\*innen betroffen sind, gar nicht so mitsprechen darf, aus seiner Sicht ist das verfassungswidrig. Aber das ist Regierungssache.

**Herr Dr. Vater** erwidert, dass man das Personalvertretungsgesetz und die Beteiligungsrechte in Bremen ernst nimmt. Es ist schöner, wenn ein Einvernehmen hergestellt wird, auch mit den Mitarbeiter\*innen. Er ist optimistisch, dass sich eine Lösung finden wird. Vorstellbar ist es, den Samstag zu verlängern, aber die Mitbestimmung ist noch nicht erfolgt.

Die Abkürzungsproblematik ist bereits bekannt, es besteht schon Kontakt mit dem Amt für Straßen und Verkehr, es wird sich um eine Beschilderung Gedanken gemacht. Bei dem Grünabfall wird nicht damit gerechnet, dass der überwiegende Teil in andere Stadtteile gefahren wird. In Aumund ist die Station drei Tage geöffnet. Da wird dann gewartet werden, bis sie offen ist. Im Winter werden in der Regel sehr wenig Grünabfälle entsorgt. Dann kann man ausweichen auf andere Stationen, wenn in Aumund drei Monate geschlossen ist. Höhere Staus werden nicht erwartet.

**Frau Schnaubelt** fragt, wie der Containerwechsel am Steindamm erfolgt, da der Hof relativ schmal ist. Kann es dann zu Stausituationen kommen?

**Herr Friesen** möchte wissen, wo die Batterien entsorgt werden. Es landen alle im Hausmüll. Heute gibt es keine Sammelkisten mehr. Dafür müsste ein kleiner Container da sein.

**Herr Heereman** findet, dass die Grünabfälle gerade in der Schließzeit, vor der Brut- und Setzzeit anfallen. Warum schließt man im Februar?

**Herr Dr. Vater** antwortet, dass von der Menge in der Jahresverteilung im Februar fast keine Grünabfälle abgeliefert werden. Er wird die Anregung von Herrn Heereman im Hinblick auf die Brut- und Setzzeit auswerten und eventuell berücksichtigen. Batterien können in Tonnen auf den Stationen abgegeben werden. Zusätzlich können Batterien auch über den Handel zurückgegeben werden.

Der Containertausch am Steindamm soll zukünftig verstärkt außerhalb der Öffnungszeit stattfinden. Dazu werden Vereinbarungen mit den Logistikern erfolgen. Vielleicht wird das nicht immer funktionieren, aber das ist auf jeden Fall das Ziel.

Es folgt eine Beschlussberatung.

**Herr Rühl** nimmt wegen eventueller Befangenheit nicht an der Abstimmung teil.

**Beschluss:** (einstimmig)

*Der Beirat nimmt den Bericht wohlwollend zur Kenntnis und begrüßt die vorgestellte Erweiterung der Recyclingstation in Burglesum und bittet um eine zügige Realisierung gemäß des vorgestellten Entwicklungsplanes.*

*Darüber hinaus weist der Beirat darauf hin, dass Einschränkungen an benachbarten Recyclingstationen zu einem erhöhten Aufkommen am Standort Burglesum führen werden. Entsprechend werden diese Einschränkungen äußerst kritisch gesehen.*

## **TOP 5: Schulbau-Projekt „Campus Lesum“**

**Herr Boehlke** begrüßt Herrn Stoessel, Vertretung der Senatorin für Kinder und Bildung und Herrn Frers von Immobilien Bremen.

Er erläutert, dass nach der Vorstellung in der letzten Beiratssitzung heute dieses Thema noch einmal beraten wird, um noch offene Punkte erneut zu erörtern, bevor der Beirat hierzu einen Beschluss fasst.

Offene Punkte sind:

- Detaillierte Vorstellung der Variante „Heisterbusch als Grundschulstandort und Steinkamp als Standort der Oberschule“ in Abwägung zu den vorgestellten Varianten
- Kooperationsmöglichkeiten mit der Paul-Goldschmidt-Schule am Standort Heisterbusch
- Darstellung des Raumkonzeptes  
Wie viele Flächen sind für Differenzierungsräume, Sozialräume und Aufenthaltsräume für Schüler\*innen und Lehrer\*innen vorgesehen?  
Wie wird der Flächenbedarf berücksichtigt für das WE-Angebot?

**Herr Heereman** möchte, dass jede Äußerung von Seiten der Bildungsbehörde, wo wirtschaftliche Gründe genannt werden, wortwörtlich protokolliert wird.

**Herr Stoessel** führt kurz noch einmal in das Thema ein. Es wurden dem Beirat bereits Varianten vorgestellt. Herr Frers wird gleich noch einmal alle Varianten vorstellen, ebenso die Raumkonzepte. Entscheidend ist beim Planungsprozedere, dazu sind wir auch angehalten, ebenso wie Immobilien Bremen, dass das möglichst unter wirtschaftlichen Aspekten behandelt wird.

**Herr Frers** stellt die Punkte mittels Präsentation einzeln vor (siehe Anlage 3 –Hinweis: Die Präsentation enthält Unterlagen mit inzwischen verworfenen Gedanken aus dem Arbeitsprozess, die in der Vorstellung eigentlich nur belegen sollten, wie Bildung und Immobilien Bremen zu den auf der letzten Sitzung vorgestellten Ergebnissen gekommen sind und dass sehr wohl auch die vom Beirat gewünschten Varianten untersucht wurden.-) Insofern handelt es sich um eine willkürliche Auswahl inzwischen obsoleter Pläne.

**Herr Frers** erläutert, dass es sich zeigt, dass die Ausnutzung des Standortes Heisterbusch für die Oberschule immer noch die wirtschaftlichste Lösung ist, weil die Grundschule da nicht auf die Fläche platziert werden kann. Der Sanierungsbedarf des Heisterbuschgebäudes wäre zu hoch, sodass der Neubau einer dreizügigen Grundschule günstiger wäre als den Heisterbusch zu sanieren.

**Herr Frers** schildert, dass die Gebäudesubstanz (der Oberschule Steinkamp) so nachhaltig geschädigt ist, dass der Aufwand, diesen Standort zu sanieren, so hoch ist, dass er wirtschaftlich nicht darstellbar ist (Barrierefreiheit, Brandschutz etc.). Es sind drei Jahrgänge untergebracht und es muss noch für drei Jahrgänge zugebaut werden, das rechnet sich hinten und vorne nicht, die Schule zu erhalten. Deswegen haben wir, als wir das erkannt haben, auch ein Neubaukonzept erarbeitet.

Nun steht die Grundschule auf dem großen Grundstück am Steinkamp. Aber wenn der Heisterbusch für die Grundschule genutzt werden würde, müsste das Gebäude erst freigezogen werden, damit es dann für die Bedarfe einer Grundschule umgebaut werden kann. Das ist aber nicht wirtschaftlich, die Grundschule am Heisterbusch zu positionieren, weil die Oberschule Steinkamp neu gebaut werden muss. Dafür muss ja ein Interim geschaffen werden, wenn gleichzeitig für die Grundschule der Umbau erfolgt, fängt man da ja auch mit einem Interim an. Daher ist es für den Ablauf besser, wenn man mit dem Zubau an der Oberschule Heisterbusch beginnt. Die Oberschule Steinkamp bleibt währenddessen ja in Betrieb. Danach würde man die vorhandene Schule am Heisterbusch sanieren und dann umziehen.

**Herr Stoessel** ergänzt, dass Bildung bei Ablauf, Aufwand und Wirtschaftlichkeit unter wirtschaftlicher Erwägung immer noch präferiert, dass die Grundschule an den Steinkamp zieht und die Oberschule an den Heisterbusch. Gründe sind der Flächenüberhang von über 2000 qm, der im Hause auch geprüft wird, den er nicht ohne weiteres dort gutheißen darf und die Bestandsimmobilie Heisterbusch. Diese ist nicht geeignet für ein Konzept mit der Paul-Goldschmidt-Schule mit körperlich mehrfach eingeschränkten Schüler\*innen (Barrierefreiheit, Synergieeffekte W+E Standort). Der Aufwand wäre um ein wesentliches höher als bei einem Neubau.

**Herr Heereman** sagt, er wäre betrunken, wenn er jedes Mal einen Schnaps getrunken hätte, wenn das Wort „Wirtschaftlichkeit“ gefallen ist. Er hat den Eindruck, das am Ende schlanke Abläufe bei den Interimslösungen das Wichtigste sind, anstatt die beste Schulsituation zu

schaffen, die Jahrzehnte bestehen bleibt. Sie wollen 800 Schüler „in den sehr kleinen Heisterbusch“ hinein pressen. Herr Heereman erwartet, dass die Planungsvarianten mit Zahlen hinterlegt werden und die Mehrkosten bei den Varianten angegeben werden. Wie soll man darauf politisch reagieren, wenn man keine Vorstellung davon hat, wie teuer die Varianten sind. Zum Thema Wirtschaftlichkeit möchte er daran erinnern, dass Senatorin Frau Bogedan zu Beginn der Legislaturperiode ausdrücklich gesagt hat, dass am Thema Kinder nicht mehr gespart wird. Er erwartet, dass dieser Schwachsinn spätestens in der Deputation ein Ende hat. Herr Heereman hat die „Faxen dicke“, der Beirat hat mehrfach darum gebeten, die Varianten vorzurechnen. So ist das nicht akzeptabel.

**Herr Hornhues** schließt sich der starken Kritik von Herrn Heereman an. Der Beirat hat explizit gefordert, die Planungen so vorgestellt zu bekommen, dass man ansatzweise was damit anfangen kann. Hätten Sie die Wirtschaftlichkeit zum Schluss genannt, in Ordnung, aber so geht es nicht. Dem Beirat wurde immer wieder gesagt, wie weit man schon mit den Planungen ist, jetzt nach Jahren kommt man auf einmal mit einer neuen Idee. Kaum ist ein anderes Unternehmen damit beauftragt, werden die anderen Planungen einfach abgeräumt. Herr Hornhues fragt, ob eine bestimmte Quadratmeterzahl an öffentlichem Grundstück abgegeben werden muss. Wieviel teurer ist die Variante „Grundschule Heisterbusch“? Der Beirat ist ein gebranntes Kind, Stichwort Erweiterungsfläche der Grundschule St. Magnus, der Beirat wollte nicht, dass diese Fläche aufgegeben wird. Es hieß damals, nein, die Fläche wird nicht benötigt und nun fehlt sie. Weiteres Beispiel ist die alte Burgdammer Schule. Die nun realisierte Möglichkeit, Teile der Schule zu erhalten, wurde dem Beirat gar nicht erst vorgestellt. Der Beirat möchte eine klare Aussage mit Zahlen belegt. Erfolgt das nicht, kann er nicht zustimmen und wird die Planungen vehement ablehnen

**Frau Appel** stellt fest, wenn Kasernenschulen nicht mehr zeitgemäß sind und zeitgemäßer Pädagogik entsprechen, dann gilt das auch für Oberschulen. Es kann nicht sein, nur, weil die eine Variante mit den Interimslösungen komplizierter ist, dass über Jahrzehnte dann Schulen entstehen, die wir nicht wollen und die auch nicht passen. Verkehrstechnisch würde sich die Lage auch entzerren, bei der Lage der Schulen in den Wohngebieten. W+E-Kinder werden häufig mit Bussen gebracht, dass sollte man nicht vergessen.

**Herr Stoessel** antwortet, dass er nicht angewiesen wurde, irgendwelche Flächen aufzugeben. Sie wollen die bestmögliche Schulsituation schaffen und keine Sparvariante „abziehen“. Der Vorwurf ist nicht gerechtfertigt. Er weiß nicht, ob Herr Frers Zahlen hat, wieviel die einzelnen Varianten teurer sind. Das sind dann aber grobe Schätzungen, ein paar Millionen jedes mal. Man kann höchstens etwas über die Differenzen zu den einzelnen Varianten sagen.

**Herr Frers** ergänzt, dass die Sanierung des Heisterbusches deutlich teurer ist, in Richtung 12 Millionen Euro, ohne umgebaut zu werden, sondern nur auf den neuesten technischen Stand gebracht. Ein Neubau würde ca. 9-10 Millionen Euro kosten. Zu der neuen integrativen Grundschule kann er noch nichts sagen.

**Frau Wolter** kann so schnell nicht entscheiden, was nun besser ist. Sie braucht eine Tabelle und Übersicht, wie die Mehrkosten sich darstellen. Sonst ist eine Entscheidung schwierig.

**Frau Schnaubelt** möchte anmerken, dass die ganzen Überlegungen kritisch zu betrachten sind, es wird angenommen, dass kein Bedarf für eine Kita oder eine Erweiterung besteht. Wenn das Grundstück so vollgebaut wird, dass das restliche Grundstück zu Bauland wird,

entstehen neue Wohnungen und das bringt neue Schüler\*innen mit sich. Die Planungen sind zu kurz gedacht. Sie findet es schlimm, dass nur mit fünf oder neun Quadratmetern Außenfläche pro Kind geplant wird. Sie hat das Gefühl, dass alles so minimiert wird aufgrund wirtschaftlicher Aspekte, bis es passt. Sie ist eindeutig dagegen.

**Herr Rühl** stimmt Herrn Hornhues und Herrn Heereman zu. Es sträuben sich ihm die Nackenhaare, denn das Bildungsressort hat in der Vergangenheit nicht bewiesen, dass es mit Wirtschaftlichkeit überhaupt etwas am Hut hat. Das ist eine Investition für Jahrzehnte und bei der wirtschaftlichen Variante haben sie sicher keine zufriedenen, gut ausgebildeten Schüler\*innen, wenn man diese zusammenpfercht.

**Herr Stoessel** würde gerne die groben Kosten aufstellen, damit man sieht, wie diese zusammenhängen und sich zusammensetzen. Wenn die Oberschule sechszügig und die Grundschule vierzügig ausgebaut wird, dann ist die maximale Fläche erreicht. 5 qm pro Schüler\*in an Schulhoffläche ist das Mindestmaß, das ist hier aber nicht der Fall, hier sind die Flächen größer. Wir wollen nicht die Schüler\*innen zusammenpferchen, hier werden die Flächenstandards eingehalten und großzügig beim Bestandsbau angewandt.

**Herr Klepatz** möchte allen vor Augen halten, wie die Senatorin Claudia Bogedan mit Schulbauten umgeht, das sieht man aktuell an der Grundschule am alten Postweg. Diese ist einsturzgefährdet und marode. Da braucht man sich nicht wundern, wenn im Ländervergleich Bremen immer mit Abstand die rote Laterne hält. So kommt man auf keinen grünen Zweig, das ist ein Armutszeugnis und zieht sich durch die Jahrzehnte, was das SPD-geführte Bildungsressort tut. Die Kinder sind nur zu bemitleiden. Man sollte auch mal über Pädagogik nachdenken und nicht nur den Controller über die Planungen schauen lassen. So wird es nicht besser. Herr Klepatz fragt, was aus dem aktuellen Standort Paul-Goldschmidt-Schule wird und was sich hinter der geplanten Kooperation verbirgt. Die Schule wurde gerade für viel Geld saniert und sollte Bestand haben. Das Spezialförderzentrum für Kinder muss erhalten bleiben. Wir müssen schauen, dass Strukturen nicht auf dem Tableau der Ideologie kaputt gemacht werden.

**Herr Heereman** findet 10 Millionen Euro für einen Neubau nicht viel. Er fragt sich, wenn doch alles mehrfach wirtschaftlich durchgerechnet wurde, warum dann nur grobe Schätzungen gemacht werden können. Das erschließt sich ihm nicht. Er wird da sehr genau hinschauen, was die Kosten angeht, selbst wenn die Vorzugsvariante mehr kostet, sollte man bedenken, dass über Jahrzehnte nicht investiert wurde und dadurch eingespart wurde. Man sollte Kinder vernünftig ausbilden anstatt später in Transferleistungen zu investieren. Da ist Bremen immer gut, Sozialleistungen zu gewähren anstatt die Leute vernünftig auszubilden.

Aus dem Publikum merkt eine Anwohnerin an, dass es ein Unding ist, bei Schulen von Wirtschaftlichkeit zu sprechen, Schulen sind keine Wirtschaftsunternehmen, sondern Ausbildungsstätten unserer Kinder. Es wurde in den letzten Jahren viel Geld gespart und nicht investiert, die Schulen sind in einem desolaten Zustand, genauso wie sie sie damals verlassen hat. Als direkte Anrainerin stellt sie fest, wenn sie Vorschlag 1b betrachtet, dass so eng gebaut würde, dass ihrem Grundstück die Sonne genommen wird und die Aussicht. Das Schulgebäude wird sicher drei- bis viergeschossig gebaut werden und dass würde eine Abwertung ihres Grundstückes bedeuten. Damit ist sie nicht einverstanden und die direkten Nachbarn auch nicht. Dagegen werden sie ein Veto einlegen.

**Herr Stoessel** betont, dass es nicht beabsichtigt ist, der Wirtschaftlichkeit so einen Stellenwert einzuräumen, sondern die Pädagogik im Vordergrund steht. Die nachbarschaftlichen Belange werden im Verfahren mit betrachtet werden. Die Kosten für die Varianten wurden natürlich schon überschlagen. Er wird sie dezidiert auflisten und nachvollziehbar vorlegen.

**Beschluss:** (einstimmig)

*Der Beirat Burglesum nimmt die Vorstellungen von SKB und IB zum Campus Lesum zur Kenntnis und ist zutiefst enttäuscht und verärgert, dass die beauftragte Vergleichsdarstellung auch der ausgeschlossenen Varianten nicht ansatzweise vorgestellt wurde.*

*Trotz Nachfrage war es der Senatorin für Kinder und Bildung und Immobilien Bremen immer noch nicht möglich, auch nur ansatzweise dem Beirat die geplanten Kostendifferenzen der Varianten, die zu einer angeblichen abgewogenen Entscheidung führten, darzulegen.*

*Der Beirat Burglesum begrüßt ausdrücklich eine Kooperationsmöglichkeit mit der Paul-Goldschmidt-Schule zu einer integrativen Grundschule. Er favorisiert daher die Variante Grundschule am Heisterbusch mit einer Kooperation mit der Paul-Goldschmidt-Schule und Oberschule am Steinkamp, ohne dass Flächen aufgegeben werden. Solch eine Kooperation würde nicht nur den Inklusionsgedanken weiter manifestieren, sondern es entstünde auch über den Stadtteil hinaus, eine integrative Bildungseinrichtung in der Nähe zur Stiftung Friedehorst mit ihren sozial-diakonischen Dienstleistungen. Der Standort Steinkamp eignet sich schon aufgrund der größeren Entfernung zur Paul-Goldschmidt-Schule nicht als integrativer Schulstandort.*

*Die von der Senatorin für Kinder und Bildung und Immobilien Bremen vorgeschlagene Variante Oberschule am Heisterbusch und Grundschule am Steinkamp lehnt er daher ab. Am Standort Steinkamp ist ausschließlich die Oberschule Lesum zu entwickeln.*

*Durch die Beibehaltung der zwei Schulstandorte und einer Entwicklung, wie vom Beirat gefordert, entzerren sich nicht nur die zu erwartenden Verkehrsströme. Es ermöglicht vor allem auch die Realisierung von ausreichendem Raumbedarf und Außenflächen.*

*Die Senatorin für Kinder und Bildung wird aufgefordert, für die vom Beirat favorisierte Variante eine überarbeitete Planung mit aktualisierter Kostenschätzung vorzulegen.*

*Der absolute Fokus auf die wirtschaftlichste Lösung widerspricht dem eindeutig höherrangigen Ziel der Verbesserung der kindlichen Bildung. Die Beispiele des aufgegebenen Schulerweiterungsgrundstückes St. Magnus oder die tendenziöse Beratung durch Immobilien Bremen und der Senatorin für Kinder und Bildung bei der „alten Burgdammer Schule“ sind dem Beirat noch in sehr schlechter Erinnerung.*

*Es soll nicht ohne Not eine zu starke Verdichtung an einem Standort vorgenommen werden und auf öffentliche Fläche für zukünftige Entwicklungen verzichtet werden.*

**TOP 6: Schulstandortplanung für den SEK II Bereich (Bördestraße und Alwin-Lonke-Straße) i.V.m. der neuen Oberschule**

**Herr Boehlke** begrüßt Herrn Stoessel, Vertretung von der Senatorin für Kinder und Bildung als Referent zu diesem Thema.

**Herr Boehlke** erklärt kurz, dass der TOP zunächst für die Sitzung des Ausschusses Kinder und Bildung vorgesehen war. Neben der Schulstandortplanung, mit dem sich der Beirat bislang beschäftigt hat, ist die Planung für den SEK II Bereich ebenso von großer Bedeutung für die Entwicklung im Stadtteil. Zu lesen war nun, dass das Schulzentrum der Bördestraße nun nicht mit einem Großteil nach Blumenthal zieht und am Standort bleibt. Das ist ein gutes Signal für Burglesum. Es besteht Konsens über die Verlagerung des Schulzentrums an der Alwin-Lonke-Straße nach Blumenthal, aber es bleiben offene Fragen, vor allem in Verbindung mit der geplanten Oberschule, die ab nächstes Jahr (SJ 2022/2023) an den Start gehen soll.

**Herr Stoessel** berichtet über die gegenwärtigen Schülerzahlen der Nordbremer Oberstufen und die Entwicklung der Anwahlzahlen in den letzten fünf Jahren (s. Anlage 4).

**Herr Stoessel** teilt mit, dass aktuell keine Überhänge bestehen.

**Herr Stoessel** antwortet, dass die Schulstandortplanung überarbeitet wurde. Es wurden zwei Maßnahmenpläne als Arbeitsinstrument ausgearbeitet. Die Alwin-Lonke-Straße soll auf das BWK-Gelände wechseln, eine Zeitschiene gibt es noch nicht. Eine Oberschule Grambke kann erst danach gegründet werden. Interimsmaßnahmen werden in die Planung mit aufgenommen, wenn erforderlich. Es gibt keine Veränderungen am Standort Bördestraße.

**Frau Appel** fragt, ob geplant ist, in den nächsten Jahren die gymnasiale Oberschule an der Alwin-Lonke-Schule wieder hoch zu fahren.

Das kann Herr Stoessel noch nicht sagen. Er wird die Antwort nachliefern.

**Beschluss:** (einstimmig)

*Der Beirat Burglesum nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

## **TOP 7:           Mitteilungen des Ortsamtsleiters**

### Terminhinweise:

15.04.2021: Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz

29.04.2021: Sitzung des Ausschusses für Soziales, Kultur und Gesundheit

## **TOP 8:           Mitteilungen des Beiratssprechers**

Keine

## **TOP 9:           Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder in stadtteilbezogenen Angelegenheiten**

**9.1:**           **Herr Rühl** möchte eine rechtverbindliche Auskunft von der Senatorin für Kinder und Bildung was ein Kinder- und Familienzentrum ist.

**9.2:**           **Herr Heereman** regt an, dass Geschwindigkeitskontrollen in der 30er Zone im Heisterbusch und in der Rotdornallee durchgeführt werden, weil dort sehr schnell gefahren wird.

Ende der Sitzung um 22:05 Uhr

**gez. Boehlke**  
Vorsitzender

**gez. Hornhues**  
Beiratssprecher

**gez. Tietjen**  
Protokoll